

# DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

Juni  
2017

EDITORIAL



von Pia Barkow

Mit der Wahl in Nordrhein-Westfalen sind nach dem Saarland und Schleswig-Holstein die drei Landtagswahlen von 2017 vorbei. Damit beginnt die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes. In Glauchau auf der LandesvertreterInnenversammlung haben wir unsere 16 KandidatInnen auf die Landesliste gewählt; in wenigen Wochen findet der Bundesparteitag in Hannover statt, der das Wahlprogramm beschließen wird. Jetzt gilt es also, die Themenschwerpunkte festzulegen und das Profil zu schärfen.

Ein Rückblick auf das Jahr 2013 zeigt, beim vergangenen Bundestagswahlkampf haben wir – neben vielen anderen Themen – die Situation in der Pflege angeprangert, insbesondere die schlechten Personalschlüssel, die Defizite bei der Zuordnung von Menschen mit Demenzerkrankungen in die Pflegestufen und die Unterstützung von Betroffenen und Angehörigen. Vier Jahre und drei Pflegegestärkungsgesetze später muss man sagen, das Gros der Probleme von damals besteht leider nach wie vor. Der Personalschlüssel ist noch immer viel zu niedrig. Neue, umfangreiche Dokumentationspflichten nehmen zusätzlich Zeit in Anspruch, die nicht mit den PatientInnen verbracht werden kann.

Die Pflegestufenzuordnung wurde zu Beginn des Jahres in Pflegegrade umgewandelt, Demenzerkrankte sollen damit ihrem tatsächlichen Pflegebedarf nach eingruppiert werden – was wirklich eine Verbesserung darstellt. Doch zeigt die bisherige Bilanz, dass der Personalschlüssel durch die neue Berechnung noch knapper zu werden droht.

Die Betreuung und Beratung Betroffener und Angehöriger soll ab jetzt in der Kommune geleistet werden. Keine schlechte Idee – aber leider weigert sich die Landesregierung Modellkommunen in Sachsen zuzulassen. Das Thema ist also auch 2017 brandaktuell!

Pia Barkow ist Mitglied im Stadtvorstand DIE LINKE, Dresden  
martin.hilbig@dielinke-dresden.de

Pflege wird Schwerpunktthema zur Bundestagswahl

# Menschen vor Profite!

von Susanne Schaper

Pflegebedürftigkeit war lange ein gesellschaftliches Tabu. Neben denen, die beruflich mit Pflege befasst sind, beschäftigte sich kaum einer mit dem Thema, sofern sie oder er nicht durch eigene Betroffenheit oder die von Angehörigen oder Freunden damit konfrontiert war. Mittlerweile hat es das Thema jedoch in das Bewusstsein der Menschen geschafft: So geben in einer Studie des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) 43 % aller Befragten an, dass die Lebenssituation älterer und pflegebedürftiger Menschen für sie zu den bedeutenden Themen für die Bundestagswahl 2017 gehört. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass das Interesse am Thema 'Pflege' mit zunehmenden Alter steigt.

In Deutschland sind aktuell 2,6 Mio. Menschen pflegebedürftig nach dem SGB XI – Tendenz steigend: Die Zahl der Pflegebedürftigen insgesamt wird bis zum Jahr 2030 nach unterschiedlichen Prognosen auf 3,2 bis 3,5 Mio. Personen steigen.

Diese Entwicklung wird Sachsen in besonderem Maße treffen; ist die hiesige Bevölkerung im Durchschnitt doch drei Jahre älter als der Bundesdurchschnitt. Und mit zunehmendem Alter, insbesondere nach dem 80. Geburtstag, steigt das Risiko, wenigstens vorübergehend pflegebedürftig zu werden, stark an.

Noch gar nicht erfasst sind die Menschen, die keine Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten und derzeit von Angehörigen betreut werden. Die Familie als 'Pflegedienst der Nation' funktionierte bei der Einführung der Pflegeversicherung 1995 als tragfähiges Konzept, ist aber bereits heute zerklüftet und wird in Zukunft durch weiter zunehmende Mobilität der Bevölkerung sowie sich verändernde Lebensmodelle immer weniger tragfähig sein. Familienmitglieder sind immer häufiger voneinander getrennt, weswegen die Zahl derer, die auf professionelle Hilfe angewiesen sind, steigen wird. Es muss also mit etwa 300000 Pflegebedürftigen im Jahr 2030 in Sachsen gerechnet werden.

Diese müssen fachgerecht versorgt werden. Doch bereits heute sind 1.600 Stel-



Zum 199. Geburtstag von Karl Marx am 05. Mai 2017 erinnerten Susanne Schaper und die Chemnitzer Genoss\*innen an die Aktualität Marxscher Thesen  
Foto: privat

len in der Altenpflege unbesetzt. Zum 31.12.2015 waren in Sachsen 62705 Pflegekräfte in 885 Pflegeheimen und bei 1068 ambulanten Pflegediensten im Einsatz. Der Großteil von ihnen, nämlich 85 Prozent, sind Frauen. All diese Pflegekräfte leisten ihren wertvollen Beitrag für das Gemeinwesen, obwohl sie widrige Arbeitsbedingungen haben und schlecht bezahlt sind.

Damit muss Schluss sein! Gute Pflege ist nur mit ausreichend Zeit für persönliche Zuwendung und Kommunikation möglich. Dazu muss der Betreuungsschlüssel verbessert und Bürokratie abgebaut werden. Dies wäre mittels eines Landespflegegesetzes, wie es andere Bundesländer bereits haben, möglich. Selbstverständlich muss die Ungerechtigkeit zwischen 9,50 Euro pro Stunde Pflegemindestlohn Ost und 10,20 Euro Stundenlohn in West aufgehoben werden. Das ist 27 Jahre nach der Wiedervereinigung überfällig, denn menschenwürdige Pflege ist überall gleich wertvoll und das im wahrsten Sinne des Wortes. Mit einer finanziellen Aufwertung der Pflegetätigkeiten würde man auch die Abwanderung hoch qua-

lifizierter Fachkräfte aus Sachsen in andere Bundesländer oder das Ausland, wie beispielsweise die Schweiz, verhindern können. Zudem muss die Ausbildung schulgeldfrei sein. Um künftig Bedarfe rechtzeitig erkennen zu können, muss Sachsen eine Landesbedarfsplanung für die Pflege einführen.

In Anbetracht dieser Entwicklungen und den zukünftigen Herausforderungen ist die Weiterentwicklung zur Pflegevollversicherung geboten. Pflege muss wieder Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein und den Schwerpunkt der Sozialpolitik einer alternden Gesellschaft bilden. Pflegedienstleistungen sind nicht in Zahlen ausdrückbar, wohl aber in Zufriedenheit, Wertschätzung sowie körperlicher und seelischer Gesundheit aller Beteiligten. Dieses Ziel streben wir an und dafür kämpfen wir!

Susanne Schaper ist Landtagsabgeordnete der LINKEN im Sächsischen Landtag und LINKE-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat Chemnitz

# Solidarität - Pflege - Volkssolidarität

von Dr. Rainer Kempe

In unserem Leitbild der Volkssolidarität heißt es kurz und knapp:

„In der Volkssolidarität gestalten engagierte Mitglieder, Beschäftigte und Ehrenamtliche unter dem Leitmotiv „Miteinander - füreinander“ das soziale Zusammenleben. Wir erbringen soziale Dienste, leisten beratende, unterstützende und betreuende Hilfe. Wir leben die Werte Demokratie, Menschlichkeit, Toleranz, Solidarität, Zuverlässigkeit und Gemeinnützigkeit.“

Das klingt rund und glatt, ist aber mit viel Mühen und Einsatz verbunden. Für mich als Vorstandsmitglied und nun amtierenden Vorsitzenden ist das sehr anspruchsvoll, aber auch ein erfüllender Lebensinhalt. Hier sieht man täglich konkret, wie sich viele Menschen älterer Semester aktiv an kreativen Projekten beteiligen oder nur die wärmende Begegnung suchen, aber auch engagiert andere betreuen. Unser Verein gehört mit seinen über 4000 Mitgliedern zu den mitgliederstärksten Sozialverbänden in Dresden. Aber zugleich erbringen rund 500 hauptamtliche Mitarbeiter das komplette Spektrum aller Pflege- und Betreuungsdienstleistungen. So betreut die gemeinnützige Volkssolidarität Dresden gGmbH als 100%ige Tochter des Vereins in zwei Pflegeheimen Gorbitz und Leubnitz rund 300 Bewohner. Hinzu kommen über 70 Plätze in der Tagespflege und in der Kurzzeitpflege. Für die Bewohner in mehr als 250 Wohnungen werden altengerechte Betreuungs- und Pflegeleistungen gewährleistet, damit die Nutzer in Geborgenheit leben können.

Nach außen sichtbarer als diese wichtigen und stabil arbeitenden Bereiche sind die Leistungen der ambulanten Pflege. Die beginnen beim Hausnotruf,



Foto: Schwester Klara / pixelio.de

Fahrdienst und der Haushalthilfe mit mehr als 800 Kunden, und setzen sich fort mit Leistungen der ambulanten Pflege und der Krankenpflege, die mehr als 1500 bedürftige Menschen in Anspruch nehmen. Hinzu kommt, dass durch unsere Service GmbH (VSG) täglich rund 1200 Essen für die Pflegeheime oder als Essen auf Rädern bereitgestellt werden. Diese Leistungen sind durch den damit verbundenen Einsatz von über 50 Fahrzeugen optisch schon jedem aufgefallen mit manchmal leicht „frechen“ Sprüchen.

All das muss auch ökonomisch ablaufen und effektiv organisiert werden. Immerhin geht es um jährliche Umsätze, die in den letzten Jahren die 15 Millionen Euro überschritten haben und - wie es aussieht - in den nächsten Jahren auf die nächste runde Größe von 20 Millionen zugehen werden. Neben den professionellen Leistungen spielen bei uns die rund 450 ehrenamtlichen Helfer in der nachbarschaftlichen Betreuung sowie in der Organisation des regen Vereinslebens eine große Rolle.

Eine wichtige Säule des Wirkens der Volkssolidarität sind aber auch die 16 über fast die ganze Stadt verstreuten Einrichtungen der Beratung und Begegnung, die wir mit deutlichem Fördermittelanteil im Auftrag der Stadt betreiben, eine ganz wichtige Rolle. Solche Treffpunkte gibt es in Laubegast, Leuben, Reick, Gruna, Johannstadt, in Tolkewitz/Seidnitz, Leubnitz, Zschertnitz, am Nürnberger Ei, in der Friedrichstadt und in Trachenberge und Klotzsche. Dabei werden diese z. T. auch von Wohnungsgenossenschaften durch Räume und Ausstattung unterstützt. In den Begegnungs- und Beratungszentren und -Treffs sammeln sich die über 40 Mitgliedergruppen. Hier finden zahlreiche interessante Veranstaltungen statt; hier haben eine Menge Zirkel und Interessengruppen ihre Heimstatt. Meine Mitgliedergruppe des Schachclubs aus ganz Dresden ist für mich ein nicht wegzudenkender Ausgleich und natürlich geistig-sportlicher Treffpunkt. Monatlich gehen in diesen Häusern fast 9000 Besucher aus und ein. Es ist ein leider verbreiteter Irrglaube, dass hier nur Mit-

glieder der Volkssolidarität zu Hause seien. Nein, unsere Begegnungsstätten sind offene und sehr lebendige Häuser mit engagierten Leitern und Mitarbeitern sowie mit vielen aktiven ehrenamtlichen Helfern. Viele Interessierte und Anschlussuchende finden sich hier zusammen. Wesentlich ist auch, dass in den Beratungszentren kostenlos vertrauensvolle und fachkundige Beratung zu vielen sozialen Fragen geleistet wird.

Seit seiner Gründung in der Wintersnot 1945 ist die parteipolitische und konfessionelle Unabhängigkeit ein wichtiger Grundsatz, der auch in der Zusammensetzung der Führungsgremien der VS sichtbar ist. Die VS ist stolz, dass sie auch nach 1990 ihren festen Platz in der Gesellschaft eingenommen hat. Natürlich sind bei uns als Linken die Grundsätze des Leitbildes besonders verwurzelt. Ist doch gerade solidarisches Denken, Fühlen und Handeln eine wichtige Grundlage des Zusammenhalts und eine Grundvoraussetzung für unser Ringen um mehr soziale Gerechtigkeit. Insofern sieht sich die Volkssolidarität auch als Interessenvertreter aller Bedürftigen und insbesondere auch der sozial Schwachen. Zugleich sieht sich die VS auch als Plattform für die im Leitbild aufgeführten Werte über alle gesellschaftlichen Kräfte hinweg.

*Dr. Rainer Kempe ist amtierender Vorsitzender der Volkssolidarität Dresden*

In der nächsten Ausgabe werden wir die Debatte mit einem Beitrag von Dr. Kris Kaufmann, der Sozialbürgermeisterin in Dresden, fortsetzen.

## Eine Care-Revolution ist nötig

Seit Bismarck ist der Pflegegrundsatz unreformiert: Das muss sich ändern

von Max Kretzschmar

„Klagen einer pflichtbewussten Tochter“ hieß vor mehr als 23 Jahren der preisgekrönte amerikanische Dokumentarfilm von Deborah Hofmann, der sich mit dem schwierigen Abschied von der Erinnerung durch Alzheimer beschäftigte und mich sehr tief berührte. Das basierte vor allem auf der Leichtigkeit des filmischen Begleitens ihrer eigenen Mutter, sehr authentischen mitunter komischen Begegnungen des Fremdwerdens, des Nichtmehrverstehenskönnens und dem Schwinden der Erkenntnis.

„Mein Kopf macht nicht mehr mit“, sagte meine Mutter vor vielen Monaten, doch sie gab sich Mühe, den allmählichen Verlust ihrer Alltagskompetenz vor mir zu verbergen, um das Kind nicht zu belasten. Ich bin nicht das einzige Kind, ich habe noch zwei Geschwister, bekomme aber keinerlei Unterstützung von ihnen (und hatte immer das innigste Verhältnis zu meiner Mutter - als Nachzügler der Familie). In einer behüteten Kindheit groß geworden, gab es für mich nie einen Zweifel daran, einmal für

meine Mutter zu sorgen. Schließlich ist in unserer Gesellschaft die Fürsorge-Arbeit seit Bismarck so organisiert: Die Grundlage der Pflege in Deutschland ist die ehrenamtliche Sorge füreinander aus Familien- und Generationensolidarität. Und dieser Pflegegrundsatz ist seit Bismarck nicht reformiert worden.

Aus Sorge um meine Mutter veränderte ich über die letzten 1 1/2 Jahre die Fürsorgearbeit für sie auf tagtäglich mehrere Stunden.

Nun gehöre ich zu den 70 Prozent der Deutschen, die meisten sind immer noch natürlich weiblich, die ihre Eltern zu Hause pflegen, „daheim statt Heim“. Auch dies ist ganz im Sinne des Kostenträgers, der Pflegeversicherung, die vom Pflegebedürftigen bei dessen Krankenkasse beantragt werden muss. Erst seit Januar diesen Jahres werden zusätzlich zu den drei Pflegestufen, die sehr stark anhand körperlicher Beeinträchtigungen definiert wurden, fünf Pflegegrade für Altersdemenz eingeführt und damit anerkannt.

Mit Einführung des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes sollen die Rechte von Betroffenen und ihre Angehörigen in der Pflege unterstützt werden, indem nicht mehr wie zuvor ein Zeitorientierungswert von 14 Stunden pro Woche angegeben wird, sondern stärker die Auswirkungen einer Demenz auf kognitive Fähigkeiten und soziale Beziehungen Berücksichtigung finden.

Ob dies künftig an der Anerkennung von Care-Arbeit durch Angehörige etwas ändern, vielleicht sogar zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen wird, denn immerhin sind 87 Prozent aller Pflegekräfte in Teilzeit arbeitende Frauen, bezweifle ich. Beispielsweise lautet eine Frage, wovon Angehörige, die ihren Beruf teilweise aufgeben, leben und für ihr Alter vorsorgen sollen? Armut von Angehörigen durch Pflege ist also ein systemisches Problem. Notwendig ist eine radikale Umbewertung und Anerkennung von Care-Arbeit, nicht nur im professionellen Bereich mit der besse-



ren Bezahlung von Pflegekräften. Care-Ökonomie, d.h. Fürsorgearbeiten sozialer Beziehungen, werden immer notwendige Arbeiten bleiben. Sie müssen aus der Marginalisierung gehoben und als Care-Ökonomie anerkannt werden, denn Fürsorgearbeit ist keine Privatsache. Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen für die volkswirtschaftliche Anerkennung der Care-Ökonomie zu schaffen. „Hierfür müssen Politik, Unternehmen und Verbände – auch in transnationaler Perspektive – anfangen, Care-Bedarfe als grundlegende gesellschaftliche Aufgabe im Zusammenhang wahrzunehmen, statt Einzellösungen zu entwickeln. Denn über Care wird zwar vielerorts geredet, aber die Diskussionen nehmen bislang weder disziplinär noch politisch oder normativ aufeinander Bezug.“ ([www.care-macht-mehr.com](http://www.care-macht-mehr.com))

# Nicht der AfD überlassen

Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen: Die Analyse aller drei Landtagswahlen

von Jens Matthis

Aufmerksame Leser\*innen erinnern sich möglicherweise noch meines Beitrages in der Aprilausgabe dieser Zeitung. Damals versuchte ich das Ergebnis der saarländischen Landtagswahlen zu analysieren und die möglichen Auswirkungen auf nachfolgende Wahlen, insbesondere auf die Bundestagswahlen zu diskutieren.

Jetzt, zwei Monate und zwei Landtagswahlen (Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen) später, zeichnet sich ein sehr viel klareres Bild ab.

1. Der Höhenflug der SPD zu Jahresbeginn in Medien und Umfragen ist definitiv vorbei und von allen drei Landtagswahlen deutlich widerlegt. Die SPD hat nicht nur im Saarland nicht die Rückkehr in die Regierung erreicht, sondern nach jeweils zwei Wahlperioden die Regierungsführung in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen verloren. (Theoretisch sind zwar in beiden Ländern Ampelkoalitionen aus SPD, FDP und Grünen möglich, aber damit rechnet derzeit niemand ernsthaft.)

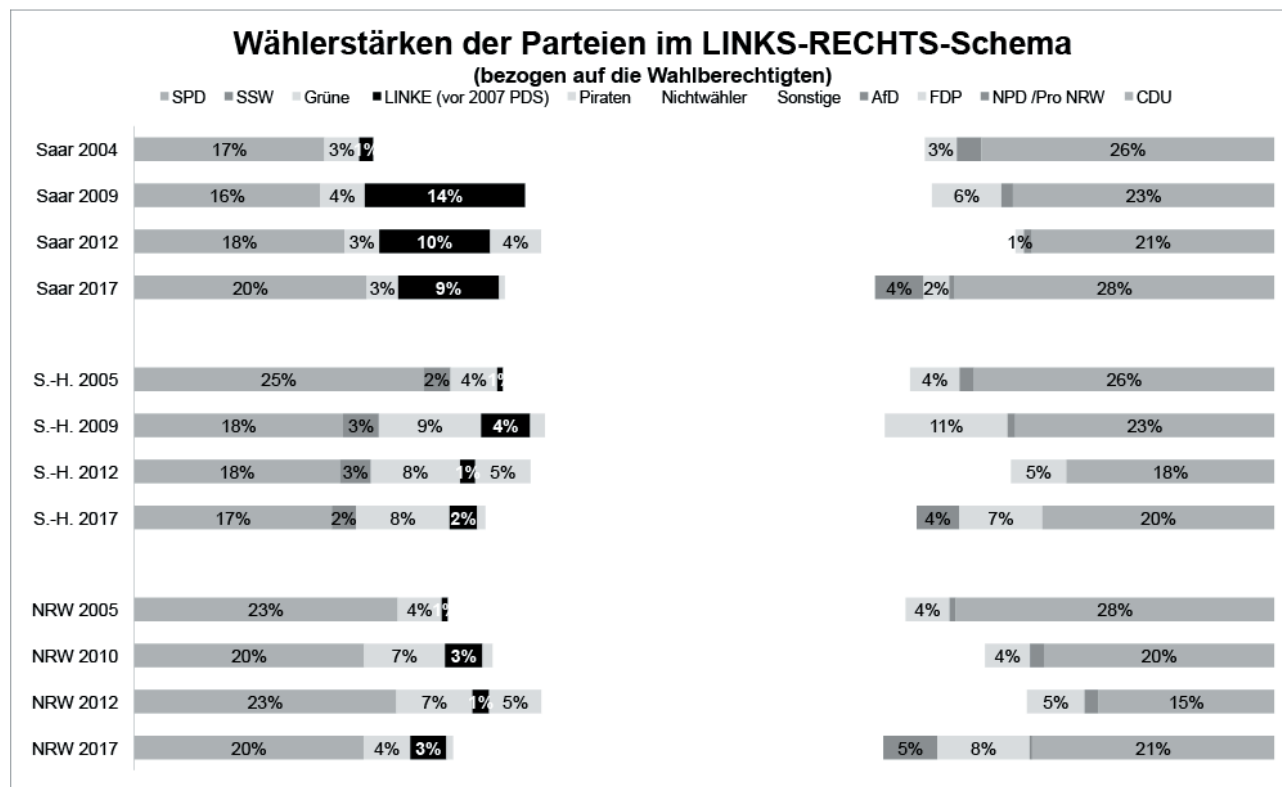
2. Der allgemeine Rechtstrend hält an. Alle relevanten Parteien rechts der virtuellen Mitte (CDU, FDP, AfD) gewannen deutlich an Stimmen hinzu. Die Parteien links der Mitte verloren in der Summe genauso deutlich.

3. In allen Wahlen nahm die Wahlbeteiligung deutlich zu.

4. DIE LINKE konnte sich im Saarland gegenüber 2012 auf vergleichsweise hohem Niveau stabil halten, in Schleswig-Holstein und NRW auf niedrigem Niveau ihre Ergebnisse ca. verdoppeln. Das eigentliche Wahlziel, die Rückkehr in die Landtage von Schleswig-Holstein und NRW, wurde jedoch verfehlt, wenngleich in NRW nur um Haarsbreite.

An Erklärungen für diese Ergebnisse mangelt es nicht. Insbesondere wird auf die Popularität der bestätigten CDU-Ministerpräsidentin an der Saar und auf das (vermeintliche) Versagen der SPD-geführten Landesregierungen in den beiden anderen Ländern verwiesen. Angeführt werden auch mögliche Auswirkungen von positiven (Saarland) oder aber negativen (S.-H., NRW) Koalitionsaussagen hinsichtlich einer möglichen rot-rot-grünen Regierung. Aus meiner Sicht greifen diese Erklärungen aber zu kurz. Weiten wir also unseren Blick über das Wahljahr 2017 hinaus und schauen uns die Entwicklung der letzten zwölf Jahre an.

In den Jahren 2004/2005 stand die rot-grüne Bundesregierung kurz vor ihrem Ende, insbesondere die SPD hatte nach der Hartz-IV-Gesetzgebung in ihrer angestammten Klientel enorm an Unterstützung verloren. DIE LINKE gab es noch nicht, die PDS war in den westlichen Bundesländern weitgehend bedeutungslos. Vor diesem Hintergrund konnten CDU und FDP große Erfolge einfahren, NRW bekam das erste Mal seit fast 40 Jahren eine CDU-geführte



Regierung und im Saarland reichte es sogar zu einer CDU-Alleinregierung. In Schleswig-Holstein gab es zwar eine knappe Mehrheit von einer Stimme für SPD, Grüne und SSW, diese scheiterte aber bei der beabsichtigten Wahl der Ministerpräsidentin und am Ende stand eine Große Koalition.

Bekannt ist, dass es infolge des Regierungswechsels in Düsseldorf auch zu vorgezogenen Neuwahlen auf Bundesebene kam, die als Katalysator für die Formierung der LINKEN aus PDS und WASG wirkten.

In den Jahren 2009/10 konnte diese neugegründete LINKE dann erstmals in alle drei Landesparlamente einziehen. Da dies mit der Mobilisierung zusätzlicher Wähler\*innen verbunden war, kam es zu einer klar erkennbaren Linksverschiebung. 2012, in allen drei Ländern gab es vorgezogene Neuwahlen, konnte erneut eine neue Partei zusätzliche Stimmen mobilisieren und in alle drei Landesparlamente einziehen – die PIRATEN. Das ging zwar auch zu Lasten der noch nicht gefestigten LINKEN, die nur im Saarland ihre Landtagspräsenz verteidigen konnte. Da gleichzeitig CDU und FDP jedoch massiv an Unterstützung verloren, gab es in der Summe dennoch eine Linksentwicklung.

Doch 2015 sieht es ganz anders aus. Die vielgelobte steigende Wahlbeteiligung ist vorrangig einer erheblichen Mobilisierung auf der rechten Seite des politischen Spektrums geschuldet. Neben dem Aufstieg der AfD, gegenüber den Vorjahren leicht gebremst, konnten auch CDU und FDP wieder erhebliche Stimmengewinne erzielen.

Demgegenüber verlor die gesamte politische Linke bei unterschiedlichen internen Verschiebungen in den ein-

zelnen Ländern, insbesondere durch den völligen Niedergang der Piraten, erheblich an Wählerunterstützung.

Schaut man über alle Wahlen, fällt eines auf: Bei jeder neuen Wahl bindet eine neue Partei die unzufriedenen, so genannten Protestwähler\*innen, verliert aber bei der jeweils nächsten Wahl einen guten Teil davon an die nächste Protestpartei: 2009/10 DIE LINKE, 2012 die linkslibertären PIRATEN und 2017 schließlich die rechtspopulistische AfD.

Aber auch etwas zweites fällt auf. Anders als 2009/10, als der Aufstieg der LINKEN mit entsprechenden Verlusten der SPD einherging, gewinnt 2017 trotz des Aufstiegs der AfD und trotz des Comebacks der FDP auch die CDU deutlich an Stimmen. Deshalb ist der Rechtsruck in NRW auch besonders erdrückend.

Einen möglichen Erklärungsansatz findet man in der aktuellen internationalen Diskussion über die Ursachen des ansteigenden Rechtspopulismus in Europa und den USA: Die linken Parteien (und damit sind in diesem Fall vor allen die sozialdemokratischen Parteien gemeint) haben in den letzten zwanzig Jahren die neoliberale Politik des Sozialabbaus und der Regulierung nicht nur mitgetragen, sondern selbst aktiv vorangetrieben. Damit haben sie sich von ihrer klassischen Klientel (vereinfacht gesagt: der Arbeiterklasse) weitgehend entfremdet. Zugleich waren ihre Bemühungen um Wähler\*innen aus den sogenannten Mittelschichten (Akademiker\*innen, hochqualifizierte Facharbeiter\*innen, Beamte und Angestellte usw.) nicht ganz erfolglos. Diese wurden aber nie eine zuverlässige Wählerklientel, sondern blieben als Wechselwähler\*innen auch für die „moderaten“ und „liberalen“ „bürgerlichen Kräfte“ erreichbar.

Im besten Falle konnten die Sozialdemokraten die neuen Mittelschichten und (wegen fehlender Alternativen) auch noch einen Teil des traditionellen Arbeitermilieus erreichen.

In den schlechteren Fällen, und die scheinen gegenwärtig in Europa einzutreten, verliert sie ihre traditionelle Klientel zu größeren Teilen an die rechtspopulistischen Parteien, zum kleineren Teil an die Linksparteien. Die Mittelschichten wiederum wandern zu den liberalen Parteien und dem liberaleren Flügel der Konservativen ab.

Nun hatte dies bei den drei Landtagswahlen alles noch nicht die Ausmaße wie in unseren europäischen Nachbarländern. In Polen hat sich das Parteiensystem schon vor Jahren neu gepolt zwischen einer (neo-)liberalen „proeuropäischen“ Partei einerseits und einer rechtspopulistischen „europakritischen“ Partei andererseits. Die polnische Sozialdemokratie läuft nur noch unter „Ferner liefen“.

Der gleiche erschreckende Trend war jüngst bei den niederländischen Parlamentswahlen und, begünstigt durch das Wahlsystem, insbesondere bei den französischen Präsidentschaftswahlen zu beobachten. Mit den Landtagswahlen dürften sich alle mit dem Schulz-Hype aufgekeimten Rot-Rot-Grün-Hoffnungen bezogen auf die Bundestagswahl stark relativiert haben.

Die wichtigere Aufgabe besteht jetzt wohl darin, all diejenigen, die ihre sozialen Interessen nicht mehr vertreten sehen, nicht den Rechtspopulist\*innen der AfD zu überlassen, sondern für eine starke LINKE zu sorgen. Darauf sollten sich unsere Wahlkampfaktivitäten fokussieren.

# Eine Frage der Akzente

## DIE LINKE vor dem Beschluss über das Wahlprogramm

von Uwe Schaarschmidt

Vom 9. bis zum 11. Juni wird in Hannover auf der 2. Tagung des 5. Bundesparteitag der LINKEN über den von Katja Kipping und Bernd Riexinger vorgelegten Entwurf des Wahlprogramms für die Bundestagswahl am 24. September beraten und - man gehe mal davon aus - ein Wahlprogramm beschlossen.

100 Seiten lang ist der Leitantrag zum Entwurf der Parteivorsitzenden und es ist beileibe keine Kritik, zu sagen, dass nicht viel Neues darin zu finden ist. Wie auch? Stünde nämlich viel neues drin oder fehlte gar etwas bekanntes, hieße das, es hätte sich seit dem letzten Wahlprogramm vieles in Deutschland zum Guten gewendet. Wir wissen, dass dies leider nicht der Fall ist.

Nicht viel Neues heißt aber nun beileibe nicht, dass gar nichts Neues zu finden wäre.

„Beim Baden soll jede und jeder aus- bzw. anziehen dürfen, was beliebt.“

Dieser Satz dürfte ein Novum in der Geschichte deutscher Wahlprogramme sein. Klingt lustig in einem politischen



Sahra Wagenknecht auf dem Landesparteitag in Glauchau

Foto: Max Kretzschmar

Manifest, hat aber einen ernsten Hintergrund, denn er findet sich im Abschnitt „Wir verteidigen die Religionsfreiheit und die Freiheit von der Religion.“ Es ist wohl eine der bittersten Erfahrungen der letzten Jahre, dass Religion tatsächlich wieder zu einem politischen Thema geworden ist und als Krücke für allerlei abstruse politische Forderungen herhält.

Und um nicht missverstanden zu werden: Es geht dabei keineswegs um den Islam, sondern um dessen Dramatisierung als Begleitumstand der Fluchtbewegungen durch eine Art politischer Missionstätigkeit deutscher Qualitätschristen - ob nun mit Parteibuch der CDU oder der AfD. Das neuerliche Gefasel von einer deutschen Leitkultur

durch den Bundesinnenminister ist dabei nur das jämmerlichste Beispiel für eine politische Vernutzung von Religion.

Katja Kipping hat jüngst auf dem Landesparteitag in Glauchau betont, dass DIE LINKE mit ihren Positionen zur Flüchtlingsproblematik zwar neben dem Zeitgeist liegt, aber deshalb noch lange nicht falsch. Schließlich gilt dies ja auch für einen Großteil der sonstigen Politikansätze der Partei.

Und so findet sich auch das schon traditionelle inhaltliche Potpourri der Partei im Programmentwurf wieder. Kritik an der Agenda 2010 und ihren Folgen, Kritik an Leiharbeit, Rentensystem, die

Forderung nach einer solidarischen Bürgerversicherung, Stopp der Privatisierung des Öffentlichen, eine Anhebung des Mindestlohnes, Reichtum besteuern, Bildungssystem ohne Schranken usw.

Auch außen- und sicherheitspolitisch bewegt sich der Entwurf im Rahmen dessen, was man von der Partei erwarten darf, vom Stopp der Rüstungsexporte, über Kritik am steigenden Rüstungsetat und der Expansionspolitik der Nato, der Forderung zur Rückkehr zu friedlicher Konfliktlösung, bis zum Neustart des Projektes Europäische Union als Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion reichen die entworfenen Politikansätze.

Es ist nicht zu erwarten, dass der Entwurf des Parteitag ohne Änderungen passiert. Dafür ist die Partei und natürlich auch ihr oberstes Organ traditionell zu heterogen besetzt. An der Richtung hingegen dürfte sich - hoffentlich - nichts ändern. Spannend hingegen wird sein, welche Akzente des Wahlprogramms das Führungspersonal zu setzen in der Lage sein wird. Und wie. Denn 100 Seiten liest man eben wirklich nur, wenn einen die Basis als Delegierten des Parteitags dazu verpflichtet (meint man jedenfalls) oder einen die Redaktion darum bittet.



Rosemarie und Karl-Heinz Kathert am 01. Mai 2016 zum Picknick im Alaunpark  
Foto: Max Kretzschmar

## Abschied von Karl-Heinz Kathert

von Max Kretzschmar

Die Nachricht vom Tod von Karl-Heinz Kathert vor zwei Wochen kam wie aus heiterem Himmel und macht uns sehr traurig. Der von allen Generationen respektierte Genosse Kathert war eine große Stütze und Autorität unseres Stadtverbandes. Ob die langen Jahre im Ältestenrat, als Ortsbeirat im Dresdner Westen oder auch als Mitglied des Seniorenbeirats der Stadt Dresden, Karl-Heinz Kathert war als weltoffener Aktivist ein über Parteigrenzen hinweg geschätzter Vertreter der PDS und später der LINKEN. Sogar ein Theaterstück wurde 2009 mit seinem Zutun am Staatsschauspiel aufgeführt. In „Ein Stück über die Grenze - Experten des Alltags“ erinnerte er

sich an sein Berufsleben, als er Ende der 1980er Jahre für über 1.000 vietnamesische Vertragsarbeiter\*innen beim „VEB Herrenmode“ Verantwortung trug. Nach seinem aktiven Wehrdienst im Jahr 1983 arbeitete der Oberst a.D. für einige Jahre in der Zivilverteidigung des Bezirkes Dresden. Seine Erfahrungen von der Grenze veröffentlichte Karl-Heinz Kathert vor drei Jahren in dem Buch: „So war es!“ Das Authentische vermittelt die Retrospektive; Karl-Heinz Kathert beschrieb es als Pflicht, nichts zu beschönigen. Er wird uns so in Erinnerung bleiben: Als aufrechter und reflektierter Sozialist.

Die Urnenbeisetzung findet am 08. Juni um 12:30 Uhr auf dem Annenfriedhof statt.

## Landesliste zur Bundestagswahl gewählt

Die Landesliste zur Bundestagswahl 2017 hat die Vertreter\*innenversammlung des sächsischen Landesverbandes der LINKEN am 29. April 2017 in der Glauchauer Sachsenland-Halle gewählt. Die Reihung auf der Landesliste entscheidet darüber, wer - entsprechend des Wahlergebnisses in Bund und Land - als Abgeordnete\*r in den Deutschen Bundestag einzieht.

Im Jahr 2013 gelang das den acht erstplatzierten auf der Liste. Bis auf Jörn Wunderlich, der eine Platzierung unter den ersten acht verfehlte, sind auf den Plätzen 1 bis 7 bislang schon im Bundestag vertretene Genoss\*innen zu finden. Auf Platz 8 schaffte es der von der Linksjugend präferierte Leipziger Tilman Loos (29). Spitzenkandidatin ist, wie schon 2013, die Co-Vorsitzende der LINKEN, Katja Kipping. (Red.)

### Landesliste der LINKEN Sachsen zur Bundestagswahl

1	Katja Kipping	Dresden
2	André Hahn	Sächsische Schweiz/ Osterzgebirge
3	Caren Lay	Bautzen
4	Michael Leutert	Chemnitz
5	Sabine Zimmermann	Zwickau
6	Axel Troost	Landkreis Leipzig
7	Susanna Karawanskij	Nordsachsen
8	Tilman Loos	Jugend
9	Franziska Riekewald	Leipzig
10	Tilo Hellmann	Meißen
11	Käty Mothes	Vogtland
12	Maik Schwarz	Vogtland
13	Elisa Gerbsch	Leipzig
14	Lars Legath	Vogtland
15	Gudrun Schumann	Erzgebirge
16	Jens Dietzmann	Bautzen

Foto: Max Kretzschmar



06  
17**DIE LINKE**

Fraktion im Dresdner Stadtrat



J u n i 2 0 1 7

# LINKE-Klausurtagung: Fraktionsvorstand neu gewählt und positive Zwischenbilanz gezogen

von Max Kretzschmar

Am vergangenen Wochenende führte die Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat eine Klausurtagung in Pirna durch. Auf der Tagesordnung standen die turnusmäßige Neuwahl des Fraktionsvorstands, eine Zwischenbilanz zu den bisher im Stadtrat realisierten Vorhaben sowie die weitere Umsetzung des Wahlprogramms der LINKEN und der mit Grünen, SPD und Piraten abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung. Auf der Klausurtagung waren zudem Sozialbürgermeisterin Dr. Kristin Kaufmann und Kulturbürgermeisterin Annekatri Klepsch (beide DIE LINKE) zu Gast.

## André Schollbach mit 93 Prozent erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt

Bei den Wahlen zum Fraktionsvorstand wurde der 38-jährige Rechtsanwalt André Schollbach mit 93 Prozent (13 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme und eine Enthaltung) im Amt des Fraktionsvorsitzenden bestätigt. Er steht seit dem Jahr 2007 an der Spitze der Fraktion DIE LINKE. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende bleibt Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch (63, Dozentin, 14 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Enthaltung). Zu weiteren Mitgliedern des Fraktionsvorstands wurden Stadträtin Anja Apel (57, Lehrerin), Stadträtin Kerstin Wagner (37, Soziologin) und Stadtrat Tilo Kießling (46, Geschäftsführer) gewählt.

## Positive Zwischenbilanz gezogen

In seiner Einschätzung der Arbeit der LINKEN betonte André Schollbach das gute und konstruktive Miteinander in der Fraktion. Dies sei eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Ratsarbeit. Politisch zog der Fraktionsvorsitzende folgendes Fazit über dies bisherige Arbeit: „Es ist uns gelungen, die langjährige Dominanz der CDU in der sächsischen Landeshauptstadt zu brechen und gemeinsam mit Grünen, SPD und Piraten einen Kurswechsel vorzunehmen. Auch wenn es nicht immer einfach ist, es die eine oder Reiberei zwischen den Fraktionen gibt und manche Hürde genommen werden musste,



In der Sächsischen Schweiz fand die Klausur statt: Das Arbeitsprogramm war anspruchsvoll.

Foto: Heiko Ledwoch / pixelio.de

haben wir gemeinsam bereits einiges erreicht.“ So sei das Sozialticket für Bus und Bahn durchgesetzt, die Gründung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft beschlossen und ein millionenschweres Sozialpaket geschnürt worden. Zudem sei mit dem Beschluss zur stadtteilverträglichen Sanierung der Königsbrücker Straße eine schwerwiegende Fehlentscheidung der CDU korrigiert sowie die Zentralhaltestelle auf der Kesselsdorfer Straße finanziell unteretzt worden. Weiterhin habe die Kooperation im Stadtrat erreicht, dass endlich mehrere Frauen in der Bürgermeisterriege vertreten sind. Um alle Ziele erreichen zu können, die sich die Kooperation im Stadtrat gesteckt habe, müsse aber weiter hart und engagiert gearbeitet werden.

## Soziale Gerechtigkeit, bezahlbares Wohnen und Ostmoderne

Der Schwerpunkt der weiteren Arbeit der Fraktion DIE LINKEN soll bei den Themen soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, der Sicherung bezahlbaren Wohnens sowie dem Erhalt von Bauwerken der Ostmoderne liegen. Wie wichtig eine kraftvolle Stim-

me für soziale Gerechtigkeit ist, zeigt die Antwort der Stadtverwaltung auf eine kürzlich gestellte Anfrage. Danach leben in Dresden derzeit 65.700 Menschen (12 Prozent) in Haushalten, die als arm bzw. armutsgefährdet gelten. Damit ist jeder achte Dresdner arm bzw. armutsgefährdet. Während im

Jahr 2000 in Dresden 10.559 Menschen den Dresden-Pass nutzten, waren es im vergangenen Jahr bereits 26.210. DIE LINKE betrachtet es als ihre Aufgabe, sich stark für die Schwachen zu machen und wird dazu im Stadtrat mit weiteren Initiativen und Anträgen aktiv werden.

## Aktuelle Stunde

**Baukultur in Dresden schaffen.  
Renditeinteressen zügeln.  
Lebensqualität sichern.  
Allgemeininteressen wahren.**

**01.06. • 16 Uhr • Rathaus**

[www.linke-fraktion-dresden.de](http://www.linke-fraktion-dresden.de)

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Aus der Stadtratssitzung am 11. Mai 2017

# DRUCKSACHE

# #5

# DIE LINKE.

Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/205 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de

## Heute im Stadtrat:

## Alle beteiligen: Soziale und kulturelle Infrastruktur ausbauen!



Im Vorfeld der Stadtratssitzung hatte es Diskussionen zu einem Thema gegeben, das sich dann nur kurz auf der Tagesordnung hielt: die Bettensteuer. Die entsprechende Vorlage wird jetzt auf Beschluss des Stadtrates in den Ausschüssen diskutiert - verbunden mit verschiedenen Prüfaufträgen. Einer davon ist ganz im LINKEN Sinne: Können die Einnahmen aus der Beherbergungssteuer in die Förderung des Tourismus gesteckt werden? Die Stadt nimmt an der richtigen Stelle Geld - von all den Besucherinnen und Besuchern, die die

kulturelle Infrastruktur unserer Stadt nutzen. Wir sagen: Alle sollen sich beteiligen am Gemeinwesen, an der sozialen, der kulturellen, also der öffentlichen Infrastruktur. Nur so kann Gemeinwesen funktionieren.

Denn Rot-Grün-Rot hat ambitionierte Ziele - Schwimmkurse für alle Kinder zum Beispiel. Diese Maßgabe haben wir heute für die Fortschreibung des Bäderkonzeptes beschlossen.

Eine Stadt für Alle - auch wenn es um das Lieblingsthema vieler Dresdnerinnen und Dresdner geht: Verkehr. Parkplätze unter dem Blauen Wunder, im Flora-Fauna-Habitat, auf dem Elberadweg - die wollen wir nicht. Wir wollen ein Miteinander aller Verkehrsteilnehmer - also Parkplätze, aber geordnet und in Rücksicht auf Fußgänger und Fahrradfahrer.

Eine Stadt für Alle - das ist auch eine Stadt aller sexuellen Identitäten. Der Oberbürgermeister sträubt sich, die Flagge des CSD aufzuhängen. Wir haben ihm heute - wie jedes Jahr - auf den Zahn gefühlt.

➤ Im bisher gültigen Bäderkonzept ging es vor allem um die Ausdünnung des Bäderangebots. In Klotzsche wurde das Freibad geschlossen. In Stadtteilen wie Blasewitz oder Kleinzschachwitz gibt es gar kein Bad in zumutbarer Reichweite, in Prohlis ist es stark sanierungsbedürftig. Schülerinnen und Schüler müssen zum Schwim-

➤ Heute wurde ein Rot-Grün-Roter Antrag angenommen, der die Verwaltung beauftragt, den illegale Parkplatz im Landschaftsschutzgebiet unter der Loschwitzer Brücke, dem sogenannten Blauen Wunder, so umzugestalten, dass alle Nutzerinnen und Nutzer dieses Nadelohrs - auch FußgängerInnen und RadfahrerInnen - es gefahrlos nutzen können. Die CDU schäumte vor Wut, glänzte

➤ Rot-Grün-Rot zeigt Geschlossenheit - heute gemeinsam beschlossen: **Hufewiesen** werden Stadtpark



Bäderkonzept in Dresden: Schwimmkurse für alle Kids

munterricht teilweise sehr weit fahren, Personen, die zur Linderung von Leiden Wassergymnastik verschrieben bekommen haben, müssen lange auf einen Platz warten. Der heutige Beschluss beauftragt die Fortschreibung des Bäderkonzeptes in eine andere, bedarfsorientiertere Richtung.



Parken am Blauen Wunder: Bedarfe ermitteln

allerdings nicht durch Informiertheit. Auf die Bedenken des LINKEN Bauexperten Tilo Wirtz, der Parkplatz stelle derzeit auch eine reale Gefahr für die Brücke dar, erklärte die CDU: "Noch NIE ist eine Brücke durch einen Fahrzeugbrand eingestürzt! Wo haben Sie das denn her?!" Sehr gern verwies Stadtrat Tilo Wirtz die Kollegen auf Google und informierte sie spontan über drei Vorfälle, der letzte erst im März in Atlanta.



Rot-Grün-Rot zeigt Geschlossenheit

für Trachau, **Schwimmunterricht** für alle, bessere Unterbringung für **Asylsuchende**, Förderung für Euro-

päisches Zentrum **Hellerau**, Schutz von Radfahrern und Fußgängern **unterm Blauen Wunder**

# “Freiheit für die Kunst und Regeln gegen Lärm”

von Norbert Engemaier

Wie viel Kunst verträgt der öffentliche Raum? Diese Frage bewegte in der letzten Zeit vor allem in Bezug auf die Installationen auf dem Neumarkt Dresdens Politik. Doch jetzt steht die nächste Kontroverse an. Der Oberbürgermeister schlägt vor, Straßenmusiker von einem Großteil der Innenstadflächen zu verbannen.

Gerade erst zwei Jahre ist es her, da hat der Stadtrat (mit den Stimmen der Kooperation) überbordend bürokratischen Regelungen einen Riegel vorgeschoben. Damals sollte am Amtstisch des Straßen Tiefbauamtes entschieden werden, wann, wo und wie viel Straßenmusik in Dresden erklingen darf.

Durch unseren Beschluss wurde dieser kunstfeindlichen Praxis ein Ende bereitet. Seitdem gilt: Wer sich an die Regeln hält, der spielt genehmigungsfrei. Der Kern der Regeln: Einhaltung von Spielpausen, Platzwechsel und Zeitbeschränkungen für besonders sensible Orte. Dies forderten auch die Künstler selbst, damit nicht Platzhirsche und Ellbogenmentalität die Oberhand gewinnen.

So nahmen die Beschwerden über die Belästigung durch zu laute oder monotone Straßenkunst deutlich ab. Gleichzeitig wurde es jedoch unterlassen die neuen Regeln auch zu kontrollieren und Verletzungen zu sanktionieren. Die Folge: Einzelne schwarze Schafe, deren Lautstärke ihre Kunstfertigkeit übertraf, verärgern zunehmend Anwohner und Gewerbetreibende und vertrieben andere Musiker durch ihre Lautstärke.



Foto: Herbert Raschle / pixelio.de

Vor diesem Hintergrund hat auch die Fraktion DIE LINKE Unterstützung signalisiert, die Einhaltung der Regeln besser sicherzustellen und sie gemeinsam mit Anwohnern und Künstlern weiterzuentwickeln, wo dies nötig ist. So wenden viele Städte eine zusätzliche Dezibelbegrenzung an um übermäßige Belästigungen zu vermeiden.

Der Vorschlag des Oberbürgermeisters geht jedoch einen völlig anderen Weg, der am Ende am Verhalten der schwarzen Schafe gar nichts ändern wird: 90 % der Innenstadt will er kurzerhand zur straßenmusikfreien Zone erklären. Über die restlichen 10% soll wieder am Amtstisch entschieden wer-

den oder sogar auf eine neue Software vertraut werden, die es noch gar nicht gibt, und die dann über das Wohl und Wehe der Künstler entscheiden soll.

Besonders absurd: Statt zahlreicher Flächen an denen Künstler bisher gern und häufig mit bestem Geschick ihre Kunst zum Besten gaben, sind die meisten dann noch zulässigen Flächen völlig ungeeignet und willkürlich gewählt. Oder wer hat schon einmal Straßenmusik an der Trümmerfrau erlebt? Oder im Gleisdreieck am Postplatz vielleicht, an dem die Geräuschkulisse des Verkehrsknotens Musizierende und Zuhörende allenfalls zur Verzweiflung treiben wird?

In weiten Teilen ist die Vorlage zudem offen rechtswidrig. Sie wird somit spätestens bei der ersten rechtlichen Anfechtung in sich zusammenbrechen. Dass dann alle Betroffenen ohne Regelung im Regen stehen, sollten wir keinesfalls riskieren. Deshalb wurde mit einer Vertagung der Vorlage, jetzt der Raum geschaffen um die ärgsten Schwierigkeiten der Vorlage zu beheben.

Dass die Künstler und Künstlerinnen für den “Service” dieser Verbannung am Ende auch noch zur Kasse gebeten werden sollen, ist dann hoffentlich nur noch die Fußnote unter einer Geschichte, welche eine kunstliebende Stadt wie unser Dresden, wirklich nicht braucht.

## refill - Wasserzapfen unterwegs

Ökologisch, sozial, regional ist diese Idee aus Hamburg, die nun auch in Dresden umgesetzt wird.

von Kerstin Wagner

Wie wäre das, wenn jedeR unterwegs überall Trinkwasser bekommen würde? Wenn Du mit Deiner Flasche in einen Laden gehen kannst und klar ist, Du musst nicht verschämt nach einer Toilette fragen, um Deine Flasche nachzufüllen, sondern bekommst einfach so Wasser? Im englischen Bristol entstand die refill-Bewegung 2015, seit April gibt es in Hamburg mehr und mehr Läden, die einen blauen Aufkleber mit Wassertropfen im Fenster haben: Refill Hamburg - kostenfrei Trinkwasser. Seit dem „sprudelt“ die Idee in mehr und mehr Städten. Die Dresdner refill- Initiative bestand am Anfang aus nur zwei Personen: Kristin Hofmann, die mich fragte: Wollen wir das nicht auch? Und mir.

Die Zusage der DREWAG zur Unterstützung des Projektes mit einer Spende für die Druckkosten der Aufkleber kam schnell. Die ersten Läden und Cafés erklärten sich bereit, die Aufkleber an ihren Türen anzubringen. Viele zero waste („null Abfall“) AnhängerInnen freuen sich über diesen so einfachen und nachhaltigen Weg, Müll zu vermeiden und das wachsende öffentliche Interesse am Thema.

Aber woher kommt die Bereitschaft, etwas zu verschenken, woher die Motivation?



Foto: Bernd Kasper / pixelio.de

„Wasser ist ein Menschenrecht“ sagt Claudia Greifenhahn, Geschäftsführerin des Ladencafé aha, ganz nüchtern. Und natürlich geht es immer auch um die Vermeidung von Müll, also Plastikflaschen, in denen man Wasser sonst kaufen müsste. Plastikflaschen übrigens, für die man zwar Pfand zahlt (und beim Zurückgeben wiederbekommt), die aber trotzdem Einwegflaschen sind. Bei der Herstellung jeder einzelnen Flasche werden drei weitere Liter Wasser verbraucht! Mir persönlich stoßen zudem die Berichte des Gebahrens von Nestlé in Afrika auf; trotz monatlanger Dürre füllt der Konzern das Grundwasser ab, um es teuer zu verkaufen - die hässliche Fratze des Kapitalismus!

Was wir in Dresden nun noch brauchen, sind weitere Läden und Cafés, die mit dem Aufkleber an der Tür anzeigen: hier kannst Du Wasser bekommen. Wie Ihr dabei helfen könnt? Tragt die Idee in die Welt, fragt überall nach, wo Ihr gern Wasser zapfen würdet, lasst Euch Aufkleber geben oder holt sie im HdB, in der Fraktion DIE LINKE im Rathaus, bei Lollis homestay oder im Lose-Laden und verteilt sie! Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung:

[kerstin.wagner@dielinke-dresden.de](mailto:kerstin.wagner@dielinke-dresden.de)

## Einladung zur Politikbörse bei Sankt Pieschen

Stadt- und OrtsbeirätInnen aus Pieschen laden anlässlich des Stadteilstests Sankt Pieschen ganz herzlich zu einer Politikbörse ein. Diese wird am Sonntag, den 28.05.17 von 11-16 Uhr vor dem Atelier der GRÜNEN Stadträtin Kati Bischoffberger stattfinden.

Alle FestbesucherInnen sind eingeladen mit den Pieschener StadträtInnen und OrtsbeirätInnen ins Gespräch zu kommen, zusätzlich sind thematische Gesprächsrunden mit Gästenvorgesehen.

### Vor Ort sind:

**Stadträtin Pia Barkow,**

Fraktion DIE LINKE

Stadtrat für die Piraten

**Dr. Martin Schulte-Wissermann,**

Fraktion DIE LINKE

**Stadträtin Kati Bischoffberger,**

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Ortsbeirat Stefan Engel,**

SPD

**Ortsbeirätin Heidi Geiler,**

Freie Bürger

### Folgende Gesprächsrunden finden statt:

**11 Uhr Christian Wintrich,**

Ortsamtsleiter Pieschen

**13 Uhr Annetrin Klepsch,**

Kulturbürgermeisterin der Landeshauptstadt Dresden

**15 Uhr zu Stadtteilthemen:** Wie geht es weiter mit Hufewiesen, Sachsenbad und vielem mehr.

# Wie viel Nähe hält ein Mensch aus?

Rede von Stadträtin Kerstin Wagner zur notwendigen Verbesserung der Unterbringungsqualität von Asylsuchenden in Dresden aus der Stadtratssitzung am 11. Mai 2017

*Sehr geehrter Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!*

Der vorliegende Antrag, „Unterbringungsqualität verbessern“, ist ziemlich umfangreich, Vincent Drews hat ihn ausführlich vorgestellt. Ich möchte deswegen nur ein kleines Kriterium herausnehmen und für jeden nachvollziehbar machen. Stellen Sie sich vor, sie suchen eine Wohnung für ihre vierköpfige Familie!

Zwei Erwachsene, zwei Kinder. Wie groß soll die Wohnung sein? Wieviele Zimmer soll sie haben?

Drei Zimmer- Küche- Bad, 76 Quadratmeter? Klingt vernünftig!

Und: würden Sie mit ihren Kindern gern in eine solche Wohnung ziehen, wenn das Wohnzimmer ein Durchgangszimmer ist? Wenn Sie sich entscheiden müssen, ob das Wohnzimmer gleichzeitig Schlafzimmer ist, oder die beiden Kinder sich ein Zimmer teilen?

Wer als Asylsuchender nach Dresden kommt, hat andere Sorgen, zugegeben. Wenn von 76 Quadratmetern aber Flur, Küche und Bad abgezogen werden, bleiben etwa 50 Quadratmeter reine Wohnfläche übrig. Wenn jedem Asylbewerber sechs Quadratmeter zustehen, wird diese Wohnung mit acht Personen belegt.

Können Sie sich vorstellen, mit einer anderen Familie auf engstem Raum zusammen zu leben? Oder eine WG mit Leuten zu gründen, die Sie nicht kennen, mit denen Sie sich aber auch das Schlafzimmer teilen?

Natürlich ist es besser, mit einer Person das Zimmer zu teilen, die man vorher nicht kannte, als in einer Stadt zu leben, in der Krieg herrscht, die von Bomben zerstört und von Gewalt terrorisiert ist. Wo ein normales Le-



Kerstin Wagner bei ihrer Rede im Stadtrat

Foto: Max Kretzschmar

ben nicht möglich ist, weil es ums reine Überleben geht. Aber, erträgt man das auch monatelang oder jahrelang? Wenn man keine Privatsphäre hat? Wenn immer wieder Mitbewohner durch das eigene Zimmer laufen, weil sie in die Küche wollen, die nur so zu erreichen ist? Wie viel Nähe hält ein Mensch aus?

Nur ein Beispiel. Realität in Dresden: Zwei Familien: drei Erwachsene, fünf Kinder - drei Zimmer. Sind da nicht Konflikte vorprogrammiert? Und was passiert mit der Bausubstanz, wenn Räume dauerhaft überbelegt sind? Kann man dort richtig heizen und lüften? Und wie ist es für Sie, wenn in der Nachbarschaft viele Wohnungen derart überbelegt sind?

Wenn es dort immerwieder zu Streit kommt, werden wahrscheinlich auch Sie in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt. Wenn fünf Kinder bei schlechtem Wetter in der Wohnung spielen, ist der Lärmpegel logischerweise ein anderer, als wenn es nur zwei oder drei Kinder gibt.

Nein. Eine Unterbringung auf engstem Raum und auch in Durchgangszimmern ist eine nicht zumutbare Unterbrin-

gung. Weder für die Menschen, die so wohnen sollen, noch für die Nachbarn. Dass Menschen vorübergehend mit anderen Personen einen Raum teilen, ist in den wenigsten Fällen ein Problem. Die dauerhafte gemeinsame Nutzung von Wohnraum führt aber selbst unter guten Freunden zu Konflikten.

Mit unserem Antrag wollen wir die Verwaltung in ihrer Abmietungsstrategie stärken. Wir wollen erreichen, dass die Bedürfnisse der Asylsuchenden mit denen der DresdnerInnen und Dresdner stärker in Einklang gebracht werden:

Keine Unterbringung in Durchgangszimmern. Bessere Verteilung Asylsuchender über die ganze Stadt. Mehr dezentrale Unterbringung. Teure Hotels abmieten, sobald das möglich ist. Prüfen, ob Wohnungslose in nicht genutzten Heimen leben können! Integration nicht nur ermöglichen, sondern aktiv fördern.

Dass die Wohnungen von Dresdner Familien anders aussehen als die von Asylsuchenden, damit kann ich leben. Dass wir zwei Familien in drei Zimmern unterbringen, weil es dem Quadratmeterschlüssel entspricht, damit nicht.

## Bürgersprechstunden unter freiem Himmel

26.05.	10 - 12 Uhr	Rica Gottwald und Uwe Schaarschmidt auf dem Lingnermarkt
29.05.	10 - 11.30 Uhr	Dr. Margot Gaitzsch am Prohllis Center
29.05.	14 - 16 Uhr	Jacqueline Muth, Tilo Kießling und André Schollbach am Goldenen Reiter
06.06.	16 - 18 Uhr	Tilo Wirtz am Seidnitz-Center
07.06.	12 - 14 Uhr	Kerstin Wagner, Andreas Naumann und André Schollbach am Wasaplatz
07.06.	14:30 - 16 Uhr	André Schollbach am Amalie-Dietrich-Platz
07.06.	16 - 18 Uhr	Prof. Dr. Dr. Dr. hc Gerhard Besier am Ullersdorfer Platz
09.06.	16.30 - 18 Uhr	Jens Matthis an der ehem. Staatsoperette
15.06.	10 - 12 Uhr	Anja Apel und Pia Barkow auf dem Wochenmarkt Trachau
15.06.	15 - 17 Uhr	Manuela Sägner und Norbert Engemaier vor der SLUB
16.06.	15 - 17 Uhr	Anja Apel am Käthe-Kollwitz-Platz

### Krankenhaus Neustadt

Weiterhin in städtischer Hand.

### Zukunft für das Sachsenbad

Sanierung wird angestrebt.

### Entwicklung Leipziger Vorstadt

Mit Kreativraum, Hochwasserschutz und Wohnungen.

### Eltern-Kind-Büro »Rockzipfel«

Unterstützung gesichert.

### Hufewiesen in Trachau

Grünflächen gerettet.

**RGRO**  
wirkt.

### Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de  
V.i.S.d.P. Thomas Feske  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeit an dieser Ausgabe:  
Norbert Engemaier, Kerstin Wagner |  
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar  
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei





# 100 Jahre Leben

## Erinnerungen unseres Genossen Richard Vogel

Voller Neugier ging ich zum Interview mit Genossen Richard Vogel, wir hatten bisher nur ein paar Mal miteinander telefoniert. Auf mein Klingeln wurde mir ziemlich schnell von einem älteren Herrn geöffnet, der, wenn auch im Rollstuhl, überhaupt nicht meinen bisherigen Vorstellungen von einem Menschen in einem Alter von mehr als 101 Lebensjahren entsprach.

Er kochte uns einen Kaffee und bei Kaffee und Pfannkuchen erzählte er aus seinem Leben, was für ihn wichtig war und ihn prägte. 66 Jahre Mitglied unserer Partei sind auch 66 Jahre aktive Teilnahme an unseren politischen Erfolgen und Niederlagen, von Höhen und Tiefen. Das dürfte uns Jüngere doch interessieren, zumal Richard Vogel auch heute noch rege an unserem Parteileben Anteil nimmt und sich mit den politischen Ereignissen auseinandersetzt.

Sein Elternhaus war der Gasthof in Grumbach bei Hohenstein-Ernstthal, wo er am 15. November 1915 als ein mittleres von 7 Kindern geboren wurde. Da auch Land dazu gehörte, litt er keinen Mangel wie andere in den Städten. Außerdem lag der Gasthof günstig an der alten Handelsstraße von Böhmen nach Leipzig und war daher immer gut besucht. Der jüngste Bruder sollte der „Erbhofbauer“ werden. Als dieser als Kriegsfreiwilliger im 2. Weltkrieg fiel, übernahm später ein Verwandter von den Eltern Gasthof und Wirtschaft, denn die anderen Geschwister hatten bereits eigene Höfe. Richard wollte kein Bauer werden, sondern Schlosser. So ging er nach der Schulzeit bei einem Schlossermeister in Limbach-Oberfrohna in die Lehre und arbeitete anschließend viele Jahre bis zum 2. Weltkrieg als Schlosser. Die 12 Kilometer zwischen Oberfrohna und Grumbach bewältigte er täglich bei Wind und Wetter, Sommer wie Winter mit dem Fahrrad. In der Weimarer Republik wurden in jeder Hinsicht „alte Zöpfe“ abgeschnitten, nicht nur die Frauen trugen jetzt Bubiköpfe und kurze Röcke, auch sportliche Aktivitäten und Freikörperkultur wurden modern. Richard begeisterte sich nicht nur als Zuschauer auf dem Sachsenring sondern auch für den aktiven Radsport. Ab 1931 nahm er vier Jahre lang selbst an Radrennen in Chemnitz teil, dafür trainierte er täglich außer seinen Heimfahrten 30 bis 50 Kilometer. Dann traf er das Mädchen Johanna, auch sportlich, allerdings war sie Wettkampfschwimmerin und das Wasser war nicht sein liebstes Element. Sie wurde die Liebe seines Lebens. Also hängte er das Rennrad an den berühmten Nagel und seitdem führen sie immer abwechselnd an die Ostsee oder ins Gebirge, denn als echter Erzgebirgler begeisterte er sich nun mal für hohe Berge. Sie waren nur ein Jahr verheiratet, da musste er im Sommer 1941 in den Krieg ziehen, nach Frankreich und später an die Front nach Russland, wo er 1945 in Gefangenschaft geriet. Als Kriegsgefangener in dem großen Lager in Swerdlowsk im Ural von 1945 bis 1949 arbeitete er und nahm auch an den Antifa-Schulungen teil. Das waren politische Zirkel, in denen man sich mit den faschistischen Ideologien und Hintergründen des Weltkrieges auseinander-



setzte, auch Ziele für die künftige Entwicklung Deutschlands aufzeigte, um den demoralisierten Gefangenen wieder eine Perspektive und neuen Lebensmut zu geben. Zwei Jahre besuchte er die Antifa-Schule in Krasnogorsk bei Moskau. Hier wurde Richard ein politisch denkender Mensch, begeisterte sich für die Vision eines gerechten kommunistischen Staates und entwickelte seine sozialistischen Ideale, denen er bis heute treu geblieben ist und sie vertritt.

1951 ist er nach seiner Heimkehr der SED beigetreten und hat in den Ortsgruppen in Grumbach und Hohenstein-Ernstthal viel über eine sozialistische Zukunft unseres Landes diskutiert und um sie geworben. In Grumbach gab es damals unter 440 Einwohnern 4 Kommunisten, aber viel braunes Gedankengut, erzählte er. Eigentlich sollte er nach seiner Heimkehr sofort ein Direktstudium zu seiner fachlichen Entwicklung aufnehmen.

Ziel der Partei und der jungen DDR waren es damals, den fähigsten jungen Arbeitern und Bauern höhere Bildung zu vermitteln, um aus dem Volke heraus eine neue Intelligenz zu entwickeln. Das war bitter notwendig; denn im Gegensatz zur BRD wurden aus Justiz, dem Schulwesen, dem Staatsapparat, der Polizei alle Kräfte mit faschistischer Vergangenheit und ehemalige Mitglieder der NSDAP entfernt. An den

Arbeiter- und Bauernfakultäten erwarben sie die erforderliche Hochschulreife, denn am geforderten Bildungsniveau wurden keine Abstriche zugelassen. Richard jedoch weigerte sich. Er war zu lange von seiner jungen Ehefrau getrennt gewesen, ihre Ehe hatte doch erst kurze Zeit vor dem Krieg begonnen. Jetzt wollte er endlich mit ihr zusammenleben. Er entschloss sich also für ein Fernstudium und übernahm bald die Abteilung Arbeit im VEB Vorrichtungsbau, wurde Stellvertretender Betriebsdirektor in dem Betrieb, der später zu dem bekannten Fritz-Heckert-Kombinat Karl-Marx-Stadt gehörte. Später war er Leiter der Volkssolidarität. Während er immer für die Partei tätig war, engagierte sich seine Frau im DFD, dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands.

Besonders ausführlich berichtete er, wie es damals war mit den Zusammenschlüssen der Bauern zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Die Kleinbauern begriffen die Vorteile des gemeinsamen Wirtschaftens für sich relativ schnell. Sollten die Genossenschaften jedoch effektiv und wirtschaftlich arbeiten, brauchte man die Großbauern dazu, ebenso wie ihr größeres bäuerliches Wissen über die Leitung eines Hofes. Aber gerade sie wollten nicht, fürchteten um ihre Freiheit; Schwarzhandel war dann nicht mehr möglich. Sie endlich davon zu überzeugen bis auch sie für sich eine

Zukunft in den LPGen sahen, erforderte viel beharrliche Arbeit. Jahre später bekannten diese Bauern in Grumbach und Hohenstein-Ernstthal, dass sie sich in ihrer Genossenschaft wohlfühlten. Ihr Wohlstand wuchs schnell, außerdem hatten sie geregelte Arbeitszeiten, konnten regelmäßig in Urlaub fahren. Später schlossen sich LPGen mehrerer Dörfer zu noch größeren Verbänden zusammen.

Hier möchte ich einen Vergleich mit unserem Nachbarland Polen einfügen, das bei der bäuerlichen Einzelwirtschaft blieb. Die Bauern produzierten wenig über den eignen Bedarf hinaus, viel ehemaliges Ackerland blieb brach liegen und verbuschte. Die wachsende Stadtbevölkerung konnte mit den Jahren immer weniger versorgt werden, so dass sie schließlich in den 80-Jahren vor leeren Lebensmittel- und Fleischerläden stand und sich anderweitig versorgen musste. Demgegenüber konnte die DDR mit der geringeren Pro-Kopf-Fläche Ackerland sich voll selbst versorgen und exportierte sogar Fleisch, auch in die BRD.

Das Ehepaar Vogel zog neben der beruflichen und gesellschaftlichen Tätigkeit gemeinsam 2 Söhne groß. Heute gibt es 8 Enkelkinder und 2 Urenkel. Sie teilten nicht nur ihre Weltanschauung, auch die gemeinsamen privaten Interessen waren nicht zuletzt das Geheimnis ihrer langjährigen glücklichen Ehe. Und das waren ihre regelmäßigen gemeinsamen Tanzabende an jedem Wochenende, schwärmte Richard. Sie tanzten English walt, Wiener Walzer, ebenso Foxtrott und Jive. Auch verreisten sie gern, besonders nachdem sie Rentner waren, dorthin, wo es sehr hohe Berge gibt und natürlich ans Meer. 71 Jahre führten sie eine „wundervolle Ehe“, dann starb seine Frau vor 5 Jahren und er brach zusammen. Eine Seelsorgerin half ihm ins Leben zurückzufinden, verschonte ihn mit frommen Sprüchen, gab ihm jedoch den Lebensmut zurück. Der eine Sohn lebt in Dresden und holte seinen Vater 2012 in eine schöne helle Wohnung mit betreutem Wohnen in die Johannstadt. Aus seiner glücklichen Ehe mit Johanna schöpft er noch immer Kraft, indem er sich die Musik und die Lieder anhört, nach denen sie einst tanzten. Hier in Dresden hat er wieder Anschluss an die Basisgruppe des Genossen Jochen Geerhardt gefunden, der ihn, seitdem er seit mehr als einem Jahr im Rollstuhl sitzt, zu den Versammlungen abholt. Trotz persönlicher Rückschläge ist Genosse Richard kämpferisch geblieben, verfolgt das politische Leben von Partei und Gesellschaft. Seine Auffassung ist, dass sich unsere Partei zu sehr vom Tagesgeschehen treiben lässt, so nötig das auch ist, und zu wenig unsere konkreten Vorstellungen von einer gerechten sozialistischen demokratischen Gesellschaft darstellt. Als ich die „Junge Welt“ liegen sah und fragte, ob er sie denn lese. Na selbstverständlich.

Und er trug mir auf, unbedingt aufzuschreiben, dass die jungen und älteren Genossen und Genossinnen die „Junge Welt“ lesen sollten, weil da Fakten und Tatsachen benannt werden, die alle anderen Medien wohlweislich verschweigen. Ständige politische Bildung hält er für sehr wichtig – das gab er uns mit auf den Weg. Als ich wegging, war es nicht so, als hätten wir uns vor ein paar Stunden noch nicht gekannt.

Ein Porträt von **Guðrun Böhmig**  
(Text und Fotos)

# „Wörterbuch des besorgten Bürgers“

von Susann Scholz-Karas

„Sprache ist übersät mit Irritationen, versteckten Wertungen, kleinen Frechheiten und gemeinen Deutungen. Viele Statements, Artikel oder (wissenschaftliche) Beiträge hinterlassen uns für den Moment sprachlos, weil sie, ein wenig genauer besehen, Zumutungen enthalten, Falsches behaupten oder die Logik mit Füßen treten. Die Texte dieser Seite nehmen die ökonomisierte, PR- und werbegesteuerte Sprache der Gegenwart aufs Korn. Argwohn ist angebracht.“ So steht es auf der Internetseite des sprachlos blog. In loser Folge wird die aktuelle Sprache unter die Lupe genommen und analysiert.

Immer häufiger ist dabei die Sprache einer Gruppe in den Fokus der Betrachtung gerückt. Die Sprache der „besorgten“ Bürger. Da seltsame Wörter und Begrifflichkeiten wie „Deutschland GmbH“, „Ficki-Ficki-Fachkräfte“, „Schuldkultur“ oder „Merkeldikatur“ aber nicht nur bizarr, manchmal vielleicht sogar witzig, aber oft genug gefährlich sind, ist daraus ein ganzes Buch entstanden. Rhetorische Zumutungen und dreiste Umdeutungen sind unter der Glocke von Pegida und AfD Mode. Hier entsteht ein Zerrbild, in dem Deutsche umstandslos Opfer sind und die Welt sich gegen „das Volk“ verschworen hat.

Am 13. Juni werden uns Nancy Grochol und Robert Feustel, zwei der Autor\*innen das Buch vorstellen. In ihrer Lesung nehmen sie die Sprache der Besorgten von den so beliebten Ausrufezeichen bis zu „Volksverdünner“ aufs Korn.

Unterstützt von O-Tönen sowie Bild- und Tonmaterial werden ihre Abgründe aus- und ihre verqueren Dreher beleuchtet. Die Lesung findet im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe Junge Rosa statt.

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN**

Dienstag | 13. Juni | 19 Uhr

Vortrag und Diskussion

**Wörterbuch des besorgten Bürgers**

Mit Robert Feustel und Nancy Grochol

WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21 | 01099 Dresden

## Gedenken und Erinnern

von Rica Gottwald

Für viele Dresdner ist das, wie für viele andere Menschen aus Deutschland und anderen Ländern, ein historisch wichtiges Datum, denn am 11. April 1945 befreiten sich die Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald unter Leitung des illegalen Lagerkomitees.

Seit ca. 15 Jahren fahren aus Dresden am Sonntag vor oder nach dem 11. April Interessierte zu den Feierlichkeiten. Immer fanden neben gemeinsamen Rundgängen zu verschiedenen Themen auch Begegnungen mit Zeitzeugen statt. Auf Grund des hohen Alters werden es aber von Jahr zu Jahr weniger Zeitzeugen. Seit 7 Jahren hat es nun die Lagerarbeitsgemeinschaft übernommen den Tag inhaltlich mitzugestalten. In der

Lagerarbeitsgemeinschaft sind Kinder und Enkel von ehemaligen Häftlingen. Jedes Jahr steht eine bestimmte Häftlingsgruppe im Mittelpunkt. Dieses Jahr waren es die Kinder. In den vergangenen Jahren standen Frauen, die politischen Häftlinge, jüdische und homosexuelle Häftlinge im Mittelpunkt.

Es ist wichtig jedes Jahr an den Feierlichkeiten teilzunehmen und den Geschichtsrevisionisten nicht das Feld zu überlassen. Allen Teilnehmenden wird immer wieder klar, dass das Thema nicht nur aus historischer Sicht wichtig ist, sondern leider auch aus aktuell-politischer Sicht. Jedes Jahr finden viele interessante Begegnungen, Gespräche und Erlebnisse statt. Bis zum nächsten Jahr!

### Leserbrief zur Buchenwald-Fahrt

Aus Sicht eines Betreuers – der zum ersten Mal an einer Jugendweihfahrt teilnahm – fiel mir in erster Linie die Wirkung auf, welche die Gedenkstätte Buchenwald auf die Jugendlichen ausübte. Vielen Teilnehmenden war anzumerken, wie furchtbar sie die hier stattgefundenen Gräueltaten empfanden. Gleichzeitig war ich erstaunt und froh darüber, wie menschlich diese jungen Menschen infolgedessen reagierten und agierten. Menschlich nicht nur in dem Sinne, dass ein Jugendlicher einen fremdenfeindlichen Aufkleber vom Gedenkgelände entfernte und alle die, die dies mit-

bekamen sich über jenen Aufkleber stark ärgerten, sondern auch während einer „Auswertungs-Runde“ als Resümee des Wochenendes in Weimar und Buchenwald. Bei dieser Runde äußerten die Jugendlichen kurze Gedanken über die Vergangenheit und Zukunft in Anbetracht des hier Erlebten. Diese Gedankensplitter reichten von einem mahnend-erinnernden „Dass dies nie wieder geschehe!“ bis hin dazu, dass auch Neonazis im Hier und Jetzt konsequent und auf allen Ebenen bekämpft werden müssen, damit sich der Schwur von Buchenwald endlich erfüllen mag.

**75** Jahre nach der Ermordung von  
**19** Fritz Schulze  
**19** Albert Hensel  
**42** Herbert Bochow  
**42** Karl Stein  
**2017 Gedenksymposium**

\*1903 Maler/Grafiker.....  
 \*1895 Melker.....  
 \*1906 Schriftsteller.....  
 \*1902 Elektriker.....

Wir laden Sie ein zu ehrendem Gedenken der aufrechten Antifaschisten in der Vergangenheit und wollen uns der Bedeutung weiterhin gelebter Grundüberzeugungen eines aktiven Humanismus für die Gegenwart stellen.

im Rathaus Dresden-Plauen  
 Mittwoch, 7. Juni  
 16.00 Uhr im Ratssaal  
 Anschließend Kranzniederlegung am Mahnmahl "Hoher Stein"

WN-BdA e.V. im Freistaat Sachsen  
 Stadtverband Dresden  
 in Zusammenarbeit mit einer Plauener Bürgerinitiative

## Plauen

Gedenksymposium am Mittwoch  
 07.06.2017 um 16:00 Uhr im Rathaus  
 Plauen, Nöthnitzer Str. 1

Moderation Thomas Grundmann,  
 Referent der Kulturbürgermeisterin  
 Vortragende: Dr. Birgit Sack, Daniela  
 Schmohl, Angela Hampel u.a.

Kranzniederlegung  
 am Denkmal, Mittwoch 07.06.2017  
 um 18:00 Uhr



## Bericht aus dem Westen

von Uwe Baumgarten

Zur Mitgliederversammlung im Mai 2017 waren 23 Genossinnen und Genossen von Dresden - West anwesend. Der Haupttagesordnungspunkt waren die Wahlen zweier Stellvertreter für den Ortsbeirat Dresden Cotta. Als Stellvertreter für Marlis Goethe wurde Gerold Fitzner einstimmig gewählt. Herzlichen Glückwunsch, Gerold!

Mit 15 Ja-Simmen bei 8 Enthaltungen wurde Toni Großmann als Stellvertreter für Julia Schreiber gewählt. Anschließend

berichtete André Schollbach über die Arbeit im Stadtrat und Magnus Hecht über den Stadtvorstand und den 1. Mai. Eine höhere Beteiligung der „Jugend“ hätte ich mir schon gewünscht. Wir feiern den Kindertag in diesem Jahr wieder auf dem Conertplatz. Es wird eine Hüpfburg geben und es erwarten euch weitere Überraschungen. Der Stammtisch wird wegen des Kindertages um eine Woche auf dem 2. Donnerstag, im Monat Juni, auf den 8. Juni verschoben.



**Wahlkreisbüro  
 Roter Renner.**

Impressum  
 Herausgeber: DIE LINKE. Dresden  
 Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,  
 Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,  
 www.dielinke-dresden.de  
 E-Mail: Linksblatt@web.de  
 V.i.S.d.P. Jens Matthis  
 Satz und Layout: Max Kretzschmar  
 Mitarbeit an dieser Ausgabe: Katja Kipping,  
 Pia Barkow, Dr. Rainer Kempe, Jens  
 Matthis, Uwe Schaarschmidt, Susann  
 Scholz-Karas, Antja Eichhorn, Gudrun  
 Böhmig, Rica Gottwald  
 Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH,  
 Cottbus  
 Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare



# Vorsicht Schulz

von Katja Kipping

Der Berg kreißte und gebar eine Maus. Ich habe mir im aktuellen Entwurf des SPD-Regierungsprogramms die sozialpolitischen Vorschläge angesehen. Wer darin eine anbrechende „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ finden möchte, wird doch recht bitter enttäuscht. Es ist das zutiefst ängstliche Regierungsprogramm eines Kanzlerkandidaten Martin Schulz, der bereits sein eigenes Wahlprogramm sozialpolitisch an eine Koalitionsoption mit Parteien rechts von der SPD anpassen will. Im Konkreten: Die Kürzung der ALG-I-Bezugszeiten beziehungsweise Hartz IV wird als eine Verlängerung durch ALG Q (Qualifikation) gefeiert. Das ist wirklich eine hochnotpeinliche „Verbesserung“, in deren Genuss zudem sehr viele Langzeiterwerblose gar nicht kommen werden. Noch nicht einmal im Wahlprogramm ist eine Erhöhung des ALG II (Hartz IV) geplant. Es soll weder eine Abschaffung der Sanktionen im ALG II, noch der Sperrzeiten beim ALG I geben. Es gibt nur die eine, doch sehr dürftige Forderung nach Aufhebung der besonders scharfen Sanktionen für Unter-25-Jährige. Das wollte die SPD bereits in der Großen Koalition – und hat es von der CDU natürlich nicht bekommen. Es gibt keinerlei belastbare Aussage zur Freiwilligkeit, zum Entgeltniveau oder zu öffentlich geförderter Beschäftigung. Besonders die Langzeiterwerblosen werden bei Martin Schulz weiter am Rand der Gesellschaft stehen gelassen. Ganz offenkundig ist diese gute Million Menschen in unserem Land für die Wahlstrategen im Willy-Brand-Haus schlicht eine vernachlässigbare Größe. Sie werden sich weiter mehr schlecht als recht durch den Sanktions-Dschun-



Foto: Lichtkunst 73 / pixelio.de

gel im Jobcenter schlagen müssen. Auch bei der Rente gibt es nur Absichtserklärungen. Es soll eine Pflichtmitgliedschaft für Selbständige geben, aber keine klar geregelte Erwerbstätigenversicherung. Alles bleibt im Singsang eines flauschigen Wahlkampfdeutsch. Genauso ist es bei der paritätischen Bürgerversicherung: sie soll zwar „gerecht“ finanziert werden, aber außer bei chronisch Kranken gibt es keine klaren Ansagen zur Zuzahlungsfreiheit.

## In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Das alles ist so wenig, dass es aus Sicht

der sozial Ausgegrenzten noch nicht mal einen substanziellen Unterschied machen wird, ob nach der kommenden Bundestagswahl die SPD mit absoluter Mehrheit oder erneut in einer großen Koalition regiert. Und würde die ultraliberale FDP mit am Kabinetttisch sitzen, würde es wohl noch schlimmer kommen. Dann könnten sich alle, die in unserem Land durch schlechte Arbeit oder langjährige Erwerbslosigkeit eh schon am Existenzminimum kratzen, lediglich auf einen scharfen neuen wirtschaftlichen Deregulierungsangriff einstellen. Nein, das vorliegende Regierungsprogramm der SPD beweist aufs Neue, dass wir LINKE vollkommen Recht haben: Die Möglichkeit einer Ge-

rechtigkeitswende mit belastbaren sozialen Sicherheiten für alle Menschen, liegt allein in einer starken LINKEN. Dabei wäre es wirklich an der Zeit, dass auch die Wohlhabenden zu verstehen beginnen, dass der einzige Weg zum Erhalt ihres eigenen Lebensstils mit all seinen Freiheiten, tatsächlich in einer substanziellen Umverteilung des Reichtums von oben nach unten liegt. Denn es geht ja nicht nur um die Wiederherstellung der Würde für all jene, die heute am sozialen Rand leben. Nein, auch wer gutes Geld hat, sollte sich spätestens heute ernsthaft darüber Gedanken machen, in welcher Gesellschaft spätestens seine Kinder alt werden sollen. Wollen wir ein solidarisches, sozialeres und demokratisches Gemeinwesen werden, in dem die Gesellschaft trotz aller Einkommensunterschiede zusammenhält? Oder wollen die Reichen demnächst nur noch in geschlossenen Wohnkomplexen mit rigiden Zugangsbeschränkungen leben, umgeben von unsicheren Vierteln der Ausgegrenzten und „Abgehängten“? So, wie wir heute über das Ausmaß an gesellschaftlicher Gerechtigkeit entscheiden, so entscheiden wir über die soziale Demokratie unserer Zukunft.

# Gewalt kennt keine Grenzen

von Anja Eichhorn

Seit über einem Jahr ist die Ausstellung zur Häuslichen Gewalt in Sachsen unterwegs und das mit großem Zuspruch. Wie aber schon angekündigt, wollten wir das Thema auch über die Landesgrenzen hinaus sichtbar nach außen tragen. Aus diesem Grund ging es für die kleine sächsische Delegation bestehend aus Sarah Buddeberg, Jan-Robert Karas, Anja Eichhorn und Conny Ernst vom 3.-7. Mai nach Rheinland-Pfalz.

Konkret tourten wir in Zusammenarbeit mit dem dortigen Europabüro von Conny Ernst sowie der LINKEN. in RLP, drei Tage durch Mainz, Trier und sogar bis nach Luxemburg. Mit dabei war der Landesvorsitzende der LINKEN. in RLP Jochen Bülow genauso sowie der Landesgeschäftsführer Fabian Bauer und der Mainzer Kreisvorsitzende Tupac Orellana. Unterstützt wurden wir zudem tatkräftig von den Genoss\*innen aus Ludwigshafen, Speyer und Mainz und Trier. Nach Infostand und der Podiumsdiskussion im Mainzer Rathaus, ging es am Tag zwei der Tour direkt weiter in die älteste Stadt Deutschlands. Dank der wunderbaren Organisation der LINKEN. vor Ort konnten wir die 10 Tafeln auf dem voll besuchten Vor-



Sarah Buddeberg, Anja Eichhorn, Dr. Cornelia Ernst und Tupac Orellana

platz der Porta Nigra zeigen. Parallel zur Ausstellung und Infoständen, sprachen Conny Ernst, MdL Sarah Buddeberg und die Bundestagsabgeordnete Katrin Werner mit Frauenschutzorganisationen und Interessierten. Im anschließenden Fachgespräch mit Vertreter\*innen des Trierer Jugendamtes und der Täterberatungsstellen diskutierten wir, gerade auch im Vergleich zur sächsische Landesebene, Fragen der Arbeit mit Täter\*innen, genereller Notwendigkeit von mehr Vernetzungsarbeit sowie der Rolle

des Jugendamtes im Bereich Prävention und Gewaltschutz. Den Abschluss des zweiten Tourtages markierte eine Gesprächsrunde mit Linksjugendaktiven und Ehrenamtlichen vom Weißen Ring. Besonders gefreut hat uns die Kooperation mit den luxemburgischen Aktivist\*innen von Femme des Tresses, die als Ansprechpartner\*innen für von Gewalt Betroffene unglaubliches leisten und den Genoss\*innen der Linken vor Ort. Am 6. Mai konnten wir so infolge der Zusammenarbeit die Ausstellung,

über die bundesdeutsche Grenze hinweg, auf dem Hauptplatz des Bahnhofs in Luxemburg City zeigen. In Erinnerung blieben dabei die intensiven und z.T. auch schmerzvollen Gespräche mit Interessierten, die von ihren eigenen Gewalterfahrungen in der Familie sprachen und uns in dem Anliegen bestärkten, dass es ungemein wichtig ist auf dieses Thema aufmerksam zu machen und das Schweigen zu brechen.

Mit neuer Tatkraft und bestärkt die Erfahrungen aus der Tour in unsere Arbeit einzubeziehen ging es dann zurück nach Dresden. Von Herzen danken wir Sarah Zürbig-Schwarzrock für die perfekte Planung sowie allen rheinland-pfälzischen Genoss\*innen und der LINKEN. in RLP für die Unterstützung und die gelungene Tour.

*Anja Eichhorn ist gleichstellungspolitische Sprecherin im Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen*